

# Sozialismus.de

Heft 3-2021 | EUR 8,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Otto König/Richard Detje:**  
IG Metall Tarifrunde 2021

**Tom Adler:** Konversions-  
debatte damals und heute



**Forum  
Gewerkschaften**

**Beiträge u.a. von**

**Brigitte Schulz, Ulrich Bochum/  
Henriette Bauer/Mirana  
Dmitrović, Holger Politt, Axel  
Troost, Hinrich Kuhls, Björn  
Radke, Christoph Lieber**

**Die eigene Geschichte:  
150 Jahre Rosa Luxemburg**

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Das kaputte Geschäftsmodell der Pharma-Industrie

Mit der Zulassung von Impfstoffen ist der Kampf gegen die Pandemie in ein neues Stadium eingetreten. In vielen Ländern wird seit Ende des Jahres 2020 gegen COVID-19 geimpft. Noch nie wurden Impfstoffe so schnell zur Zulassung gebracht wie in dieser Pandemie.

## Eine türkische Mondmission?

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte den einstigen Finanzminister Naci Ağbal Anfang November 2020 auf den Stuhl des Notenbankchefs gehievt – kurz nachdem die Landeswährung auf ein Rekordtief gefallen war. Nun verfolgt er zudem ein neues Lieblingsprojekt.

## Kampf gegen Corona, kein Kampf für die Armen

Die Corona-Krise hat die soziale Ungleichheit in Israel weiter verschärft. Eine Politik sozialer Kürzungen und mangelnde Unterstützung für Selbstständige sorgen dafür, dass Israels unterprivilegierte Schichten vor einem verlorenen Jahrzehnt stehen.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent\*innen und Leser\*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Nach 150 Jahren: Kommt die Linke ins Licht?

Holger Politt: Heraus aus dem Schattendasein. Rosa Luxemburgs polnisches Werk – eine Fundgrube nicht gehobener Schätze .....	2
Michael Brie/Jörn Schüttrumpf: Rosa Luxemburg – eine revolutionäre Marxistin .....	6

## Politische Orientierungslosigkeit überwinden

Joachim Bischoff/Björn Radke: »Von hier an anders«. Über das von Robert Habeck skizzierte grüne Projekt der ökologischen Transformation .....	8
Bernhard Müller: Die Corona-Pandemie als Treibsatz sozialer Ungleichheit .....	14
Gerd Siebecke: Die AfD als Rechtspartei neuen Typs? .....	20

## Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Konfrontative Zeiten Tarifjahr 2021: Schalten die Gewerkschaften trotz Corona auf Angriff? .....	27
Tom Adler: »Umsteuern, bevor es zu spät ist« Auto, Umwelt, Verkehr und Produktions-Konversion damals und heute .....	31

## Verwerfungen: vom Kanal über den Atlantik bis zum Balkan

Hinrich Kuhls: Politische Vagheit statt Corbynismus. Die Labour Party ein Jahr nach ihrer letzten Wahlniederlage .....	35
Brigitte Schulz: Sind die USA mit Biden »wieder da«? Warum der Menschenfänger Trump in den USA nach wie vor präsent ist .....	41
Ulrich Bochum/Henriette Bauer/Mirana Dmitrović: Serbien und der Westbalkan bleiben unruhig .....	45

## Neoliberaler oder Post-Kapitalismus mit Nachhaltigkeit?

Christoph Lieber: Von der Landnahme zur »Zangenkrise«. Klaus Dörres zeitdiagnostische Revisionen bedürfen einer Strategiediskussion .....	53
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Ende des Interregnums? Über Pandemie, Rezession und Doppelzangenkrise .....	58
Axel Troost: Ansätze und Kontroversen alternativer Wachstumspolitik .....	64

## Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum .....	67
Tipps zum Anschauen und Zuhören .....	68
Louisa Bäckeremann: Neues aus der Welt (Filmkritik) .....	69

# »Von hier an anders«

Über das von Robert Habeck skizzierte grüne Projekt der ökologischen Transformation

von ■ Joachim Bischoff und Björn Radke

*»Es gibt eine Anekdote über Albert Einstein. Dieser unterrichtete 1942 in Oxford und ließ seine Studierenden eine Klausur schreiben. Nachdem die Arbeit eingesammelt war, ging er mit seinem Assistenten über den Campus. Dieser fragte Einstein, ob er nicht exakt die gleiche Arbeit dieselben Physik-Studierenden vor einem Jahr hatte schreiben lassen. Einstein bejahte. Und als der Assistent fragte, warum er das gemacht habe, antwortete Einstein: ›Die Antworten haben sich geändert.« /281/*

Der Co-Vorsitzende der Grünen, Robert Habeck, hat zu Jahresbeginn 2021 eine »politische Skizze« unter dem Titel »Von hier an anders« zum Ausstieg aus dem Kapitalismus vorgelegt.<sup>1</sup> Er will dazu beitragen, den politischen Handlungsrahmen grundlegend zu reformieren, der den gegenwärtigen Umbrüchen und Veränderungen regional, national, gesamteuropäisch und global entsprechen könnte. Für ihn liegt das »fundamentale politische Problem ... in einer politischen Orientierungslosigkeit ..., die in der Metapher von ›auf Sicht fahren‹ ihren Ausdruck fin-

det und die zu einer Ziellosigkeit führt« /17/. Das habe zu einem Schwinden des Vertrauens in die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische Ordnung geführt. »Schon vor Corona liefen die großen Krisen – die Krise des Vertrauens in Politik, des Klimas, des Multilateralismus, der Migrationsordnung, des Finanzsystems, der sozialen Ungleichheit – zeitgleich ab, griffen ineinander, verstärkten sich. Ihre Fliehkräfte zerrten und zerran an den Halteseilen der liberalen Demokratie.« /20/

Das verdichtete Ergebnis von vielen Gesprächen, gleichsam den harten Kern, benennt der Politiker folgendermaßen: Es gebe nur eines, »was schlimmer ist als Angst vor Veränderung und vor Verlust der Anerkennung: Beschwichtigung« /147/. »Wenn Menschen nicht ernst genommen werden mit ihren Sorgen, Fragen und Zweifeln, resignieren sie und ziehen sich zurück oder sie wenden sich im schlimmsten Fall Trump, Le Pen oder der AfD zu, die Klimaschutz für unnötigen Ballast halten und die der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung das Versprechen der Rückverlagerung von Arbeit, nationale Abschottung und geschlossene Grenzen entgegensetzen. Beides darf



Robert Habeck, Berlin, 28.10.2020, Demo zur Rettung der Veranstaltungswirtschaft (Foto: dpa)

nicht passieren.« /Ebd./ Aus dieser Grunderkenntnis resultiert bei Habeck: Die Antwort liege nicht in einer Verneinung von kapitalistischer Globalisierung und technologischem Fortschritt. Man könne in der Gegenwart grundlegende Veränderungen auf den Weg bringen. Denn »der Kapitalismus schafft eben auch die Innovationen, die seine eigenen Probleme lösen, sofern Knappheit oder Ordnungsrecht plus Rechtssicherheit und unternehmerische Freiheit gegeben sind«. Der Kapitalismus sei formbar, »das wurde nur allzulange vergessen bzw. politisch nicht gewollt« /164/. Dies ist der idealistisch-ideologische Kern seiner Skizze und zugleich seine Schwäche: Denn über das Scheitern von Reformanstrengungen und die Gründe von politischen Niederlagen denkt er kaum nach. Doch der Verweis auf Vergesslichkeit ist zu einfach. Habeck behauptet, »dass es statt persönlicher Defizite einen strukturellen Grund gibt, der gerade den Erfolg von lernender Demokratie und politischem Fortschritt zu seiner größten Gefahr macht: nämlich der Widerspruch der Moderne, dass der Fortschritt der einen fast immer einen Rückschritt für andere bedeutet, dass Aufstieg auch Abstieg hervorbringt, das Leistungsprinzip neben Gewinnern zwangsläufig auch Verlierer. Diesen Widerspruch kann niemand einfach so auflösen. Kein Politiker kann eine historische Formation einfach so abschaffen – ganz abgesehen davon, dass es fraglich ist, ob das nicht viel schlimmer wäre. Was man aber tun kann und sollte, ist, diesen Widerspruch anzunehmen, indem man sich immer wieder befragt, wo die blinden Flecken, also die Kehrseiten möglicher Erfolge, sind. Und wie eine Politik aussehen könnte, die über diese hinausweist.« /31/

Die rechte Gesellschaftskritik will laut Habeck den gesellschaftlichen Fortschritt rückgängig machen, wohingegen die politische Linke vor einer Stärkung der Regulationen durch Institutionen zurückschreckt. »Im Gegensatz zur Globalisierungskritik von rechten Populisten wie Donald Trump oder Nigel Farage und den Brexiteers oder Matteo Salvini in Italien, die die Moderne zurückdrängen wollen, herrscht auf der Linken vor allem eine tiefe Enttäuschung darüber, dass die internationalen Lösungen derzeit überhaupt nicht funktionieren oder blockiert sind.« /173/ Wie im nationalen müssen auch im internationalen Rahmen die gesellschaftlichen Institutionen und damit deren Wirksamkeit in Regulationen »dringend reanimiert werden, gerade um schwache Staaten bzw. kleine Unternehmen, Kleinbauern und lokale Kooperativen zu schützen«. /173f./ Nachhaltigkeit wird, in Praxis umgesetzt, zu höheren Preisen führen. Diese »höheren Preise oder Steuern würden für mehr Klimaschutz, mehr Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Für eine Nachhaltigkeit, die ökologisch dringend notwendig ist und auf lange Sicht auch mehr sozialen Halt gibt.« /176/

Keine Frage: Hier steht der Umbau des Energiesystems von Kohle, Kernkraft und Öl Pate. Über einen Mix aus Preissteuerung und ordnungspolitischen Vorgaben (Ausstiegstermine), eingebettet in staatlich finanzierte Transformationsprozesse, kann man dem Klimawandel zu Leibe rücken und auch international einen sanften Zwang zum ökologischen Umbau der Industrie auslösen. Habeck sieht zudem den Umbau des globalen Kapitalismus eingeleitet durch die katastrophalen Folgen der Großen Finanzkrise: Seitdem werde daran gearbeitet, Regulationen zur Finanzmarktstabilität einzuführen, und »so müssen

wir solche Konsequenzen auch für die Realwirtschaft ziehen« /181/. Habeck kommt mithin zu dem Schluss: Es lässt sich viel durch Preis- und Marktsteuerung bewegen, aber der Markt allein kann es nicht richten /ebd./.

In diesen Überlegungen finden sich die strategischen Vorstellungen, die im Verlauf des gesamten Buches immer wieder vertieft bzw. konkretisiert werden, ohne sich völlig in Kleinteiligkeit zu verlieren. Es geht um ein Angebot für ein Politikverständnis, das eine weitere Spaltung einer liberalen, demokratischen Gesellschaft und damit alle autoritären und nationalistischen Entwicklungen verhindern soll. Für ihn steht fest, dass der notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft zu starken Veränderungen führt und vieles infrage stellt. Mit Blick auf den Wahlkampf 2016 in den USA, der bekanntlich mit dem Sieg Trumps endete, folgert er: »Aber bei all den notwendigen bzw. zwangsläufigen Transformationsprozessen darf es nicht passieren, dass dabei weite Teile der Gesellschaft für die Demokratie verloren gehen.« /102/ Ein weiteres Auseinandertreiben der Gesellschaft könne nur durch eine deutliche Steigerung der öffentlichen Investitionen verhindert werden. »Sie schaffen die Räume, in denen wir uns begegnen können, und die Netze, die unsere Gesellschaft zusammenhalten.« /102/

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte habe einen »Patnostereffekt« erzeugt, bei dem die Oberschicht und obere Mittelschicht nicht vom Abstieg bedroht seien, aber die untere Mittelschicht und jene, die jetzt schon in prekären Verhältnissen leben, fast alle. Im Wissen, dass die föderale Struktur ein Intervenieren der Bundesebene nicht zulässt, schlägt Habeck die Unterstützung von Bildung aus dem Sozialhaushalt des Bundes vor, als »mögliches Mittel gegen die zunehmende soziale und kulturelle Spaltung unserer Gesellschaft« /83/.

Habeck beschreibt, dass die politischen Institutionen der Dynamik der Veränderungen kaum noch oder nur verlangsamt nachkommen. Das führe bei den Menschen zu Unsicherheit, Zukunftsangst, Verlustgefühlen. »So beginnt man nicht an den Dingen, sondern an der Ordnung der Dinge zu zweifeln: an der Demokratie.« /265/ Es gehe nicht darum, der Phrase »Man muss die Sorgen ernst nehmen« auf den Leim zu gehen, aber er will die »Spirale gegenseitiger kultureller Diskreditierung und Verächtlichmachung« aufbrechen. Entgegen der Annahme, dass der Rechtspopulismus stark zurückgeht, gilt für ihn, »dass der Wunsch nach Wandel und Veränderung sowie die gleichzeitige Angst vor ihr ebenfalls dominant sind und jederzeit in einer noch nicht erkennbaren und vielleicht noch nicht bekannten Form politische Gestalt annehmen können. Im besten Fall haben wir im Sommer und Herbst 2020 eine Atempause erlebt, in keinem Fall eine Trendumkehr, im schlimmsten Fall wiegen wir uns in einer falschen Sicherheit.« /274/

Mit Blick auf die durch die Pandemie noch stärker hervorgetretenen neoliberalen Fehlentwicklungen im Gesundheitsbereich fordert er: »Wenn wir ernst nehmen, dass es dem System der Optimierung und Leistungssteigerung inhärente Prozesse

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, Björn Radke Redakteur von *Sozialismus.de*.

<sup>1</sup> Robert Habeck: Von hier aus anders. Eine politische Skizze, Köln 2021. Alle Zitate im folgenden Text stammen, soweit nicht anders vermerkt, aus diesem Buch.

sind, die die Dynamik der gesellschaftlichen Spaltung vorantreiben, dann sollten wir gegen diese anarbeiten, indem wir das Soziale vom Primat der Ökonomisierung befreien.« /121/

Es finde eine Ökonomisierung des Sozialen, also der sozial-kulturellen Dienstleistungen statt. »Diese ist nicht allein auf die Sphäre der Bezahlung von Care-Tätigkeiten oder dem Entstehen eines Niedriglohnssektors beschränkt, sondern sie umfasst im Grunde den ganzen Bereich unseres sozialen Lebens und ordnet ihm einen Wert zu.« /192f./ An der Einschätzung dieser Entwicklungstendenz zeigt sich die theoretische Fundiertheit und Sensibilität von Habeck. Der Stolz von Gerhard Schröder und vielen anderen aus der Sozialdemokratie und vor allem aus den bürgerlichen Parteien auf den Niedriglohnbereich /217/ war Ausdruck einer völlig desaströsen gesellschaftlichen Entwicklungstendenz: Mit der Ausbildung eines Sektors von schlecht bezahlten Arbeitskräften konnte zwar die beschleunigte Ökonomisierung des Sozialen bei gleichzeitiger Expansion umgesetzt werden, aber der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft wurde einer enormen Belastungsprobe ausgesetzt. Die Reaktion auf diese neue Arbeitswelt waren z.T. repressive Regeln im System der Arbeitsvermittlung und eine »Kultur« der geringfügigen Beschäftigung. Die grüne Antwort auf diese Fehlentwicklung könne nicht in der Etablierung eines neuen Garantieversprechens zur Sicherung der Würde der Arbeit bestehen. »Vielmehr müssen auch die Primäreinkommen, also Arbeitsentgelte und Einkommen, gestärkt werden.« /ebd./

An diesem Punkt der Argumentation wird auch eine Schwachstelle sichtbar. Habeck erkennt, dass die neoliberale Logik total falsch ist: »Lange hieß es, dass niedrige Löhne, niedrige Steuern, ein Niedriglohnsektor gut für die Wirtschaft sind. Und was gut für die Wirtschaft ist, ist in dieser Lesart auch gut für die Gesellschaft.« /224/ Er verweist darauf, dass diese Politik und die unterliegende Zukunftsstrategie nicht nur einen riesigen Niedriglohnsektor billigend in Kauf nimmt, sondern auch eine massive Ausweitung sozialer Ungleichheit. Diese negative Strukturverschiebung zeige sich auch im Rückgang der Mitglieder der Gewerkschaften und ihrer Kampfkraft, und die Schwäche schlage sich in einer grundlegenden Deformation der bürgerlichen Gesellschaft nieder. »Auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes war letztlich ein Zeichen für die Schwäche der Gewerkschaften. Nur weil zu viele Arbeitsbereiche nicht gewerkschaftlich vertreten sind und weil eine angemessene Lohnhöhe daher nicht durch die Gewerkschaften durchgesetzt werden kann, muss der Staat eingreifen.« /223/ Die Einführung des Mindestlohnes bedeutete einen großen gesellschaftspolitischen Schritt, der allerdings in Deutschland auch nur halbherzig ausfiel. Will man die Niedriglohnsektoren abschaffen, zugleich mit höheren Löhnen die Altersarmut bekämpfen und eine andere gesellschaftliche Entwicklungslogik einleiten, dann muss der Mindestlohn dynamisch ausgestaltet und die strukturelle Schwäche der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den Bereichen der Dienstleistungen beseitigt werden.

Habeck erkennt die Dimension der Fehlentwicklung. Weil »eine zunehmend ungleiche Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes den gesellschaftlichen Konsens gefährdet und damit letztlich auch die Prosperität der Wirtschaft« /224f./, müssen an dieser Stelle weitergehende Reformen durchgesetzt wer-

den. Nur wenn dies gelingt, die Ungleichheit in der Arbeitswelt beseitigt und der gesellschaftliche Wohlstand ausgeglichener gestaltet wird, ist eine Zukunftsbewältigung jenseits von Abstiegsängsten und populistischen Widerständen möglich. In der Tat: Die Verstrickung in Abwehrkämpfe zehrt die gesellschaftlichen Potenziale auf und erschwert oder blockiert die Zukunftsgestaltung.

Habeck verweist auf dieses grundlegende Defizit. Gleichwohl bleiben die Vorschläge zur Beseitigung der einseitigen Machtverteilung in der gesellschaftlichen Arbeit zugunsten des Kapitals, und in der Folge des Wohlstandes, unzureichend. Immerhin wird an diesem Punkt eine Brücke zu den Gewerkschaften und den Sozialverbänden deutlich.

## Ökologischer Umbau

Als ehemaliger Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein liegt es nahe, dass Habeck am Beispiel der Landwirtschaft einen Weg zur Behandlung der Konflikte aufzeigt. »Dieses System muss so geändert werden, dass es eine Nachfrage nach Umweltleistungen gibt, einen Markt für Natur- und Klimaschutz. Dass Bauern mit naturnaher, nachhaltigerer Landwirtschaft das gleiche oder mehr Geld verdienen können als heute, dass sie ihre Betriebe nicht für einen ruinösen Preisdruck aufgeben müssen, dass also nicht blindes Wachstum Ziel des Systems ist, sondern nachhaltiges – das ist die politische Umstellung, die wir brauchen.« /135f./ Wie Maja Goepel<sup>2</sup> kritisiert Habeck, dass das kapitalistische Wirtschaften inzwischen nicht mehr zu übersehende ökologische Probleme aufwirft und das immerwährende Wachstum zur rücksichtslosen Ausbeutung der Erde führt. Jetzt brauche es die Neudefinition des BIP, um den Wohlstand der Gesellschaft in Zukunft anders zu messen als heute. Nach seiner Vorstellung wird ein »grünes« BIP aus unterschiedlichen Indikatoren gebildet: »Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation steht dann im gesellschaftlichen Mittelpunkt. Bessere soziale Leistungen, höhere Mindestlöhne, funktionierende öffentliche Räume und Zugänge sind dann keine Gefahr für den Wohlstand, sie machen ihn mit aus.« /168/

Durchgehend schimmert Habecks Sorge um die Anfälligkeit der »liberalen Demokratie« durch. Mit Blick auf die autoritären Regime in Polen und Ungarn, die sich auf ihre »illiberale Demokratie« berufen, sei es wichtig, sich klarzumachen, »dass Liberalität und Demokratie nicht automatisch ein und dasselbe ist. Dass eine demokratisch errungene Mehrheit genau dies, die Rechte der Freiheit, zerstören und abschaffen kann.« /314/

In seiner Sicht ist die liberale Demokratie nie sicher, sondern lebt vom Vertrauen in die Menschen, die in ihr und für sie arbeiten. »Widersprüche auszuhalten, nicht jede Frage gleich mit einer Antwort niederzumachen, selbstkritisch zu sein, Fehler auch mal einzuräumen, ist schwer.« Besonders in der Politik. »Dennoch liegt hier, auf der grundlegenden Ebene, der Schlüssel für eine neue Kultur der Gemeinsamkeit, für die Macht eines neuen gesellschaftlichen Zentrums.« /315/ Mag manches hier ein wenig nach Pathos eines Dr. Martin Luther King klingen, der konstatierte Vertrauensverlust in die Demokratie durch nicht kleine Teile der Gesellschaft erfordert alles andere als das übliche »Weiter so«.



7. »Wir haben es satt«-Demo, 21.1.2017, Potsdamer Platz (Foto: dpa)

## Die grüne Zukunftskonzeption

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in einer aktuellen Studie festgestellt,<sup>3</sup> dass die grüne Partei erhebliches Potenzial in anderen Wählersegmenten hat. Bei allen anderen Parteien schwankt der Anteil derjenigen, die sich eine Stimmabgabe für die Grünen vorstellen können. Bei der Unions- und der SPD-Anhängerschaft gibt es eine große Neigung, die Grünen zu wählen. 39% können sich dies vorstellen. Auch wenn aktuell die Möglichkeit einer schwarz-grünen Koalition noch auf viel Skepsis trifft, könnte diese Option in der weiteren Entwicklung doch an Akzeptanz gewinnen. Der Grünen-Geschäftsführer Michael Kellner hält an dem Anspruch, eine Regierung anzuführen, fest. Die Bundestagswahl sei noch lange nicht entschieden. Die Union stehe auf tönernen Füßen, ihre Stärke sei von Angela Merkel geborgt. Sicherlich wird im Verlauf des Wahljahres auch das Ende des Systems Merkel deutliche Spuren in den politischen Kräfteverhältnissen hinterlassen. Mit der letztlich geräuschlosen Übernahme des Vorsitzes der CDU durch Armin Laschet ist erst eine Etappe erreicht. Aber beide Aspiranten für die Kanzlerkandidatur – Laschet und Söder – haben angedeutet, dass sie sich auch eine schwarz-grüne Bundesregierung vorstellen können. Entscheidend für eine solche Entwicklungsrichtung ist sicherlich die politische Schnittmenge in der sozial-ökologischen Zukunftsgestaltung.

Die grundsätzliche Offenheit der Grünen für eine breit getragene Transformationspolitik hat Habeck in seiner politischen Skizze vorgelegt. Seine Überlegungen wurden auch deutlich in einem Meinungsbeitrag in der FAZ zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann.<sup>4</sup> Diese vordergründig überraschende Kombination der Autoren ist nach Kenntnis der politischen Skizze von Habeck nicht überraschend. Denn die anstehenden großen Aufgaben erfordern »eine Debatte ... in Deutschland, die wir lange nicht mehr geführt haben: Es geht um das richtige Verhältnis von Sparsamkeit und Investitionen, von Steuern und Gerechtigkeit.«

Die beiden Autoren argumentieren für ein Strategiebündel mit drei Aspekten: Es gelte »erstens die Corona-Krise zu bewältigen, die uns sozial und ökonomisch schwer getroffen hat. Zweitens sind die Weichen auf Klimaneutralität zu stellen, damit die Wirtschaft stark bleibt und gute Arbeitsplätze bietet. Dafür sind große Investitionen erforderlich – in die Produktion erneuerbarer Energien, den Verkehr, den Umbau der Industrie und der Landwirtschaft, in Forschung und Innovation, in die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Drittens hat die Corona-Krise die soziale Ungleichheit im Land noch mal verschärft. War das schon vor der Pandemie ein großes gesellschaftliches Problem, bedarf es nun erst recht einer Antwort.«

Die Umsetzung einer solchen Strategie bedeutet einen massiven Einsatz von öffentlichen Investitionen und damit eine

Habeck formuliert einen Anspruch an die Grünen: Diese müssten sich verantwortlich zeigen für die ganze Gesellschaft. »Was, wenn die, die an Selbstverwirklichung und individuellem Lebensstil besonders interessiert sind, es schaffen würden, für das Prekariat wie für die ›alte Mitte‹ nicht nur Empathie aufzubringen, sondern auch politische Verantwortung zu übernehmen? ... Wenn das gelingt, kann Deutschland der gesellschaftlichen Spaltung wie in den USA oder Großbritannien entgehen, ohne im gleichen Trott und im Weiter-so zu verharren.« /324/ Eine klare Absage erteilt er jeder Revolutionsromantik. »Wir sollten nicht darauf warten, dass irgendwer irgendwo einen Umstieg oder gar Ausstieg aus dem Kapitalismus plant bzw. beschließt – sondern beginnen selbst umzusteigen. Man erreicht einen neuen Horizont nur, wenn man sich auf den Weg macht.« /170/

Robert Habeck kommt mit seinem nachdenklichen und lebenswerten Buch zu einem Zeitpunkt heraus, wo nicht nur durch die Folgen der Pandemie die Verwerfungen und Schief lagen des realen Kapitalismus deutlicher denn je zutage treten, aber gleichzeitig auch Innovationen wie die schnelle Entwicklung von Impfstoff und staatliche Stützungsmaßnahmen in Milliardenhöhe möglich sind. Aber auch der Eindruck wird immer stärker, dass die Regierung keine Perspektive für die Zeit nach der Pandemie vorweisen kann. Wenn dann einer wie Habeck dazu ein inhaltliches Angebot macht, stößt das auf große Resonanz und steigt auf der SPIEGEL-Bestsellerliste auf die obersten Plätze. Es wäre angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse ja wirklich eine positive gesellschaftliche Entwicklung, wenn das, was Habeck hier skizziert, seinen Weg in die gesellschaftliche Debatte findet. Was davon letztlich als Grundlage einer künftigen Regierungskoalition unter Führung der CDU überbleibt, hängt von der Entwicklung der nächsten Monate ab. Da ist noch vieles an Bewegung erwartbar. Gleichwohl – darin stimmen viele Beobachter:innen überein – nach der Ablösung von Bundeskanzlerin Merkel ist auch eine schwarz-grüne Koalition denkbar.

<sup>2</sup> Siehe dazu: Björn Radke: Politische Halbherzigkeiten überwinden. Die Welt neu denken und »in die Pötte« kommen, in: Sozialismus.de, Heft 12/2020.

<sup>3</sup> Viola Neu: Des Wählers Herz. Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin 2021. Gesamttext verfügbar unter: [www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/des-waehlers-herz](http://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/des-waehlers-herz)

<sup>4</sup> Reiner Hoffmann/Robert Habeck: Die Linke droht sich im Widerspruch zu verheddern, in: FAZ vom 5.1.2021.

weitere Expansion der öffentlichen Kredite. Die Parteien der Bundesregierung dagegen pochen »auf eine zügige Tilgung der Schulden und eine rasche Rückkehr zur rigiden Schuldenbremse von 2022 an. Beides ist aber ökonomisch und politisch falsch.«

Diese deutliche Positionsbestimmung führender Repräsentanten der Gewerkschaften und der grünen Partei ist eine strategische Weichenstellung, wenn sie in neue politische Kräfteverhältnisse übersetzt werden kann.

- Schon vor der Corona-Krise wurde in Deutschland vor allem von öffentlicher Seite zu wenig investiert. Der Investitionsrückstand in den Kommunen – nicht sanierte Brücken, Schulen, marode Freibäder – beläuft sich nach einer Befragung der KfW auf 147 Mrd. Euro.
- Der weithin akzeptierte ökologische Umbau der Wirtschaft, verstärkt durch das Projekt des europäischen Green New Deal, ist ohne Investitionsoffensive und damit höhere Verschuldung nicht zu haben.
- Ökologischer Umbau bedeutet auch eine neue Qualität des Wirtschaftswachstums. Bei extrem niedrigen Zinsen sinkt durch die Expansion des Wirtschaftsprodukts die Schuldenquote und ein kleinerer Teil dieser Kredite sollte nach Verlängerung der Laufzeiten getilgt werden.
- Habeck und Hoffmann sprechen sich unzweideutig für eine Änderung der deutschen Schuldenbremse und des europäischen Schuldenreglements aus. Diese Regeln sind ohne ökonomischen Sinn zu eng geschnürt, bieten die Grundlage für eine Konsolidierungs- und Austeritätspolitik und müssen daher verändert werden.
- Bei dieser Agenda der nächsten Jahre geht es auch um die Bewältigung der sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland. Hier denken die Autoren an ein gerechteres Steuersystem. »Sobald die wirtschaftliche Erholung wieder stabil ist, sollten sehr hohe Einkommen mehr Einkommensteuer zahlen und große Vermögen überhaupt wieder besteuert werden. Im Gegenzug können Gering- und Normalverdienende entlastet werden. Wenn der Niedriglohnsektor zurückgedrängt wird, der Mindestlohn steigt und für viel mehr Menschen ein Tarifvertrag gilt, dann wachsen der soziale Zusammenhalt und das Vertrauen in das Gemeinwesen.«
- Mit der Transformation der Wirtschaft verbindet sich auch ein Kampf um die Rolle Europas in einer veränderten Weltordnung. Europa droht technologisch, industriell und damit politisch abhängig zu werden. Will es ein starker Akteur sein, braucht es eine nachhaltige, gemeinsame Finanzpolitik.

Diese Kriseneinschätzung und die daraus abgeleitete politische Agenda sind für das Wahljahr 2021 ein starker Aufschlag. In sechs Landtagswahlen und der Neuwahl zum Bundestag werden die gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnisse in der Berliner Republik verändert. Es ist durchaus vorstellbar, dass das Jahr 2021 vom Thema Schwarz-Grün dominiert werden wird. Denn die alten Klassen- und Kirchenmilieus sind erodiert, die gesellschaftliche Mitte ist breiter, gebildeter und transnationaler als der alte Mittelstand, auf den sich die FDP stützte und stützt. Die Zeiten der Volksparteien alten Typs sind vorbei. Dieses Jahr ist zweifellos ein Jahr der Entscheidungen: Es sind die Weichen zu stellen für konsequenten Klimaschutz und die ökologische Modernisierung der Wirtschaft, für mehr soziale Ge-



Grafik: www.ratgeber-im-web.de

rechtigkeit, die Verteidigung der offenen, demokratischen Gesellschaft und ein starkes Europa.

Der Soziologe Stephan Lessenich konzediert, dass Robert Habeck in seiner Schrift »die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, die Polarisierung von öffentlichen Debatten und zwischen sozialen Milieus, de(n) Verlust des Gemeinsamen und des Gemeinsinns« problematisiere und erkennt an, dass Habeck sich damit dem »Fundamentalproblem der Gegenwart – beziehungsweise seiner politischen Bewältigung« widmet.<sup>5</sup> Für Lessenich ist das Urteil klar: Hier »wird zusammengeführt, was zusammengehört. Habeck bereitet politisch-programmatisch vor, was sozialstrukturell – neue meets alte Mitte – naheliegend und ›kulturell eine Art letzte Selbstversöhnungsgeste des Bürgertums‹ wäre.« Die Vorschläge für die notwendige Transformation der Gesellschaft sowohl im Hinblick auf Überwindung der Pandemie als auch des Klimawandels ignoriert Lessenich. Er verengt seine Kritik letztlich darauf, dass hier einer schwarz-grünen Koalition das Wort geredet wird.

### Gibt es eine linke Alternative?

Eine schwarz-grüne Regierungskoalition auf Bundesebene ist im Wahljahr 2021 durchaus eine realisierbare Option, weil die bürgerlichen Parteien wie Christliche Union und Freie Demokraten ihre früher selbstverständliche politische Hegemonie verloren haben. Desweiteren ist die langjährige politische Ausnahmekonstellation einer »großen Koalition« verbraucht, denn die deutsche Sozialdemokratie hängt in der Wähler:innenzustimmung deutlich unter der 20%-Marke fest. Das politische Projekt des Finanzministers und Kanzlerkandidaten Scholz, mit einer signifikant gestärkten SPD eine linke Koalition formieren zu können, hat sich längst verflüchtigt. Das Lager der christdemokratischen Union verkörpert auch ohne Merkel das politische Zentrum der »Berliner Republik« und hat die Option, entweder mit einer verzweigten Sozialdemokratie oder einer stark gewachsenen grünen Partei regieren zu können.

Auch die Linkspartei muss sich im Wahljahr mit einer doppelten Veränderung auseinandersetzen. Sie hat zum einen nicht nur in Ostdeutschland, sondern bundesweit deutlich an Rückhalt in der Wählerschaft verloren. Zum andern hat der zaghaft angemeldete Anspruch, mitregieren zu wollen, erheblich an Realitätsgehalt verloren. Rot-Rot-Grün ist schon im Vorfeld der Wahlen keine inhaltlich ausgewiesene politische Option mehr.

Der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei, Jörg Schindler, argumentiert mitten in der Jahrhundertkrise realitätsfern: »Wir

erleben den Moment, wo Merkel geht. Da wird noch mal vieles sichtbar, was sie politisch verbockt hat: kaputtgesparte Gesundheitsämter, baufällige Schulen, fehlende Infrastruktur. Dazu die Schuldenbremse, der Abbau sozialer Leistungen, Ignoranz gegenüber dem Klimaschutz. Oder diese dreckigen Deals mit Waffenexporten und zur Flüchtlingsabwehr. Merkels Modell liegt in der Krise als Scherbenhaufen vor uns. Da setzen wir an. Wir kämpfen für einen Politikwechsel und sind bereit, mit Partnern zusammenzuarbeiten. Das sind Umweltverbände, Gewerkschaften und andere. Und klar, auch Grüne und SPD.«<sup>6</sup>

Die These vom Modell Merkel als Scherbenhaufen ist mindestens übertrieben. Ein Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse, soweit sie sich in den Meinungsumfragen niederschlagen, zeigt eher das starke Gewicht der CDU/CSU, die chronische Schwäche der SPD und nach wie vor einen beeindruckend ausweiteten Stimmanteil der Grünen. Die innerhalb der Linkspartei selbst strittige Vorstellung von einer Zukunft durch ein Bündnis von Rot-Rot-Grün ist nie über die Schreibtischform hinausgekommen. Auch hier kann man klagen, dass die Pandemie und die gesellschaftlichen Folgen eines langwierigen Lockdowns politische Entwicklungsmöglichkeiten unterlaufen oder gar zunichte gemacht haben. Aber außer der Pandemie und den Schranken für die politische Kommunikation gibt es noch einen weiteren Grund, den Schindler zu Recht benennt: »Solche Mehrheiten müssen in der Gesellschaft wachsen. Wir als Linke haben immer wieder versucht, gemeinsame Sachen anzustoßen.« Nüchtern betrachtet ist es bei dem Versuch geblieben.

Die Linkspartei hat es auch aus der eigenen Schwäche heraus nicht geschafft, die Konzeption eines von Rot-Rot-Grün getragenen Politikwechsels wenigstens ein wenig populär zu machen. Ob dies nun mit dem vorgelegten Entwurf des Wahlprogramms gelingen kann, ist eher zweifelhaft. Wenn DIE LINKE ihren politischen Einfluss erweitern will, reicht ein weitgefächerter Strauß von Einzelforderungen aus einem Warenhauskatalog nicht aus. Es fehlt eine politisch-gesellschaftliche Erzählung, die verbunden mit einer realistischen Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse begehre Wege in einen Politikwechsel aufzeigt.

Aktuell behauptet die Linkspartei: 2021, das Jahr der Bundestagswahl, müsse ein Jahr des Umstehens werden. In ihrem Entwurf des Wahlprogramms sieht sich die Partei »an der Seite von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Mieter:inneninitiativen, Fridays For Future, Black Lives Matter, Seebrücke, von Sozialverbänden und den Friedensbewegungen. Andere wollen das Bündnis mit den Konzernen und trauen sich nicht zum Konflikt mit den Multi-Millionären. Wir stehen für unteilbare Solidarität der Vielen, die jeden Tag mit ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeit, mit Herzblut und Hoffnung diese Gesellschaft tragen und am Laufen halten. Unteilbare Solidarität ist unser Kompass in der Krise – auch gegen die Verschwörungstheorien, Hetze und Gewalt von rechts. ... Wir gehen in die Bundestagswahl mit einem Plan für eine gerechte Zukunft. Wir haben die Ideen für eine funktionierende, solidarische und klimagerechte Gesellschaft. Das sind für uns die Maßstäbe, in eine Regierung einzutreten oder sie zu unterstützen. Wir kämpfen dafür, einen sozial-ökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel einzuleiten, statt die CDU weiter an der Macht zu belassen. Der Kampf um neue soziale Mehrheiten in der Gesellschaft und im

Bundestag beginnt jetzt. DIE LINKE ist bereit.«<sup>7</sup> Zur nüchternen Bestandsaufnahme gehörte, dass die selbsterklärte Bereitschaft nicht reicht. Dafür sollten Anstöße und Präzisierungen von den Partnern, mit denen man zusammenarbeiten will, aufgegriffen und in der – zugegeben in Pandemie-Zeiten schwierig – zu führenden innerparteilichen Debatte berücksichtigt werden. In den zunächst anstehenden Landtagswahlen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird DIE LINKE in Umfragen deutlich unter 5% gehandelt. Gleichermäßen ernüchternd sind die Aussichten für Nordrhein-Westfalen. Zusammengefasst: Umstern mit Rot-Rot-Grün hat keine gesellschaftliche Verankerung.

Der Kanzlerkandidat der SPD, Olaf Scholz, will eine »Gesellschaft des Respekts«. Diese hat mit besseren Löhnen und Gehältern zu tun, aber nicht nur. Es geht auch darum, ob und wie die Lohnabhängigen und die prekären sozialen Schichten in den Zukunftsfragen mitreden können. Zuletzt, d.h. in der Jahrhundertkrise der Corona-Pandemie, haben die Spaltungstendenzen in allen westlichen Gesellschaften zugenommen. Es fehlt an Anerkennung der sozialen Ungleichheit, an Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe.

Der Kanzlerkandidat der SPD verweist zu Recht auf die Bedeutung des rechten Populismus: »Der Brexit, die Wahl von Trump und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in den reichen Nationen des Westens sind ein Beleg dafür. Ich stehe für eine Umkehr, ich will eine gesellschaftliche Koalition schaffen, in der unterschiedliche Arbeit und unterschiedliche Berufe gleichermaßen anerkannt werden ... Unser Ziel ist klar: Bis 2038 steigen wir aus der Kohle aus, bis 2050 wird Deutschland klimaneutral wirtschaften. Das wird gelingen mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze, mit dem Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, mit moderner Mobilität, mit Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse und mit der Modernisierung von Gebäuden. All das sichert zugleich unseren Wohlstand und Arbeitsplätze.«<sup>8</sup> Keine Frage: Die Sozialdemokratie hat, wenn auch spät, die Notwendigkeit und Zukunftschancen der sozial-ökologischen Transformation erkannt. Doch diese Veränderung der politischen Programmatik hat den chronischen Niedergang der deutschen Sozialdemokratie nicht aufhalten und umkehren können. Die Sozialdemokraten setzen darauf, ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl auf 20plus Prozent steigern zu können. Doch gegenwärtig sind Bewegungen in Richtung der gewünschten 20% nicht erkennbar. Bei den jüngsten Umfragen liegt die SPD bei max. 17%. Bisher ist ein Aufschwung im Sinne eines »Scholz-Effektes« ausgeblieben. Es scheint derzeit der Partei zu genügen, dass sie führen, also stärkste Kraft innerhalb eines Bündnisses werden will. Beim gegenwärtigen Stand der Zustimmung in den Umfragen ist das allerdings ein vollmundiges Unterfangen.

Wie sich die Dinge bis zum Herbst auch immer noch entwickeln, an den Grünen vorbei wird es keine stabilen, mehrheitsfähigen Regierungsoptionen geben.

<sup>5</sup> [www.sozio.polis.de/lesen/buecher/artikel/bleibt-alles-anders-1/](http://www.sozio.polis.de/lesen/buecher/artikel/bleibt-alles-anders-1/)

<sup>6</sup> Interview von Jörg Schindler mit Wolfgang Hübner in nd vom 6.1.2021.

<sup>7</sup> Katja Kipping/Bernd Riexinger/Harald Wolf/Jörg Schindler: Umstern jetzt. Für einen sozial-ökologischen Weg aus der Krise. Wirtschaftspolitische Leitlinien zum Jahresauftakt 2021.

<sup>8</sup> [www.vorwaerts.de/artikel/olaf-scholz-klimawandel-aufhalten-wollen-brauchen-innovationen](http://www.vorwaerts.de/artikel/olaf-scholz-klimawandel-aufhalten-wollen-brauchen-innovationen)

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

